

Doing the Public:

Lernen von Japans Stadtplanung, Nachbarschaftsräten und Bürgerinitiativen

Wir sind im Rathaus von Kyoto mit einer Mitarbeiterin des städtischen „Amts zur Beförderung lokaler Autonomie“ verabredet – *Chiiki jichi suishin shitsu* (地域自治推進室). Wort für Wort lassen wir uns diese Bezeichnung übersetzen. Der „Room to Promote Autonomy of Local Areas“ gehört als Unterabteilung zur Behörde für Stadtgestaltung und existiert seit 2012. Unsere Gesprächspartnerin Frau Kamemura erläutert, dass es ihre Aufgabe sei, die lokale Bevölkerung zu ermutigen, Verantwortung für ihre Viertel zu übernehmen, und sie ergänzt: „Unser Ziel ist es, den Menschen, die nicht beteiligt sind, eine Stimme zu geben. Wir wollen, dass die Leute ihre Träume realisieren – das ist Stadtgestaltung.“ Wir beginnen ein Fachamt zu imaginieren, das die Autonomiebewegung von Stadtteilen befördert und Stadtplanung als Wunschproduktion begreift! Kann das sein? Wie geht das?



Lässt sich in Sachen städtischer Öffentlichkeit von Japans Stadtplanung lernen? Eine kritische urbane Öffentlichkeit scheint verknüpft mit einer Zivilgesellschaft, die sich einmischt, und der Idee, dass das, was ist, auch anders und besser sein könnte. Gerade Japan steht allerdings eher für eine weitestgehende Abwesenheit von Zivilgesellschaft und einen Mangel an Vorstellungskraft über Ideen des guten Stadtlebens. Nahe liegende Gründe für diese weit verbreitete Einschätzung liefern die politische Geschichte Japans, seine zentral organisierten Herrschaftsorgane und die Rolle der Städte im territorialen Verwaltungsapparat: Urbane Räume wurden in der Neuzeit (Tokugawa-Periode) als Verteidigungsanlagen hergerichtet und seit der Moderne (Meiji-Periode) vor allem als Infrastruktur für wirtschaftliches Wachstum entwickelt. Die Bewohner dieser Städte waren weniger Bürger – Akteure ökonomischer

und politischer Selbstentfaltung – sondern vielmehr Objekte, platziert in Wohnclustern als taktische Posten im Verteidigungskalkül oder ignoriert im Rahmen urbaner Investitionsstrategien.¹ In diesem Klima des Regiertwerdens scheinen sich zivilgesellschaftlicher Eigensinn und das Bewusstsein vom urbanen Raum als einem gestaltbaren öffentlichen Gemeingut irgendwo zwischen abwesend und unvorstellbar zu verflüchtigen.

Doch das „Amt zur Beförderung lokaler Autonomie“ im Rathaus von Kyoto fällt keinesfalls aus dem basisdemokratischen Himmel auf eine japanische Teilhabebrache. Spätestens seit den 1990er Jahren setzen gerade in Japan Planungsämter vieler Städte auf Bürgerbeteiligung. Auch lokale Bürgerinitiativen kämpfen seit langem um Mitbestimmung bei Bauprojekten. Schließlich kümmern sich Nachbarschaftskomitees manchenorts sogar schon seit über hundert Jahren um die Belange ihrer Viertel. Wie gehen diese konträren Einschätzungen und Realitäten zusammen und was können wir tatsächlich von Japans Stadtplanung, von seinen Nachbarschaftsverbänden und Bürgerinitiativen in der Sache einer kritischen Öffentlichkeit lernen? Nachbarschaftskomitees ohne Zivilgesellschaft? Teilhabeprozesse inmitten einer zentral organisierten Regierungsstruktur? Bürgerinitiativen, die trotz dieser Widrigkeiten Visionen vom besseren politischen urbanen Leben entwickeln?

Teilhabe von Oben – *Machizukuri*

Frau Kamemura, die Mitarbeiterin des Amts für lokale Autonomie im Rathaus von Kyoto ist für einen südlichen Bezirk der Stadt zuständig und organisiert dort seit einem Jahr die monatlichen Gesprächsrunden

¹ So der Anthropologe André Sorensen, dessen Forschungsschwerpunkt die zeitgenössische japanische urbane Gesellschaft ist, in „The Making of Urban Japan. Cities and planning from Edo to twenty-first century“ Routledge Japanese Studies Series 2002: „... one of the most distinctive factors influencing the development of urban planning in Japan has been the virtual absence of civil society in the formation of city planning policy and practice, or in creating images of the good city and good urban life“, p. 8 oder „The outer commoner, temple and samurai areas [of Tokugawa castle towns] were conceived as part of castle defences, not as something to defend.“ (S. 23)

„Lasst uns über Fushimi sprechen“. Fushimi ist ein Wohnbezirk außerhalb der touristischen Zentren der alten Kaiserstadt. Ein gewöhnlicher Distrikt, der mit ineffizienten Verkehrsmitteln, einem mittelprächtigen Image und der weit verbreiteten Überalterung der Bevölkerung zu tun hat. Die vom Rathaus aus initiierten Gesprächsrunden finden an Samstagen statt und sind offen für alle. Zwischen 50 und 60 Interessierte kommen jeden Monat, ungefähr 40 davon regelmäßig. Jeder kann Vorschläge für Gesprächsthemen oder Nachbarschaftsaktivitäten machen. Finden sich genügend an einem Thema Interessierte werden Arbeitsgruppen gegründet. Diese entwickeln Projektvorschläge, die mit einem Budget von bis zu 100.000 ¥ (ca. 730 €) auch realisiert werden können. Derzeit verzeichnet der Gesprächskreis in Fushimi neun Arbeitsgruppen, die sich um Schulverweigerer kümmern, den örtlichen Sake bekannter machen wollen, Seniorenaufenthaltsräume und Begegnungsräume organisieren, einen Spielplatz bauen, eine Internetplattform fürs Viertel installieren sowie sich um Solarenergie und die lokalen Künste kümmern. Außerdem sollen 1000 Pflaumenbäume gepflanzt werden. Der Bezirk war einst bekannt für die Pflaumenblüten-Betrachtung im Frühjahr. Hunderte von Pflaumenbäumen zogen jedes Jahr viele Besucher an, die kamen, um die Schönheit der rosaroten *Ume*-Blüten zu betrachten. Die 1000-Pflaumenbäume-Initiative will an diese Tradition anknüpfen und verhandelt mit Schulen oder Privateigentümern über Plätze, wo wieder Bäume gepflanzt werden dürfen. Eine rosarote, liebevoll gestaltete Broschüre informiert über das Projekt, indem eine historische Romanze zur Pflaumenblüte erzählt wird.

Wir beginnen uns zu fragen, was bei diesem ohne Zweifel sehr engagierten Amt mit dem Begriff der Autonomie gemeint sein könnte? Was haben Blütenschau und Selbstregierung miteinander zu tun? *Jichi* wird mit Selbstregierung und Autonomie übersetzt. Doch politische Selbstbestimmung und eigenverantwortliche Stadtplanung scheint diese Unterabteilung des städtischen Zentraldepartments für Stadtgestaltung nicht

wirklich zu fördern – oder kommt es den Leuten von Fushimi nur einfach nicht in den Sinn, in ihrem Gesprächskreis auch Themen zur lokalen Selbstverwaltung anzusprechen oder die Planung der öffentlichen Infrastruktur in die Hand nehmen zu wollen? Soziale und kulturelle Belange beherrschen die Aktivitäten sowie Maßnahmen zur Imagebildung und Vermarktung des Bezirks. Geht es bei der staatlich lancierten sogenannten Autonomieförderung also tatsächlich darum, Verantwortung als Recht zur Selbstverwaltung abzugeben? Oder doch nur darum, soziale Selbsthilfe zu fördern? Unsere Gesprächspartnerin im Rathaus ist ernsthaft darum bemüht, dass die lokale Bevölkerung ein Forum erhält, in dem sie ihre Belange einbringen kann. Frau Kamemura weiß aber auch, dass mit ihrem Amt die gesellschaftlich notwendigen sozialen und kulturellen Aktivitäten aus finanziellen Gründen aus den städtischen Zuwendungen ausgelagert und in die Selbstorganisation der lokalen Bevölkerung überführt werden sollen. „Die Leute sollen nicht mehr darauf warten, dass sich die Stadt um diese Dinge kümmert“, erläutert sie. Hervorgegangen ist das Amt für Bürgerautonomie entsprechend auch nicht aus dem Druck von Bürgerinitiativen, die um Teilhabemöglichkeit kämpften, sondern per Dekret aus der städtischen Abteilung für Bürgerkultur (*Bunka shimin kyoku*). Bürgerbeteiligende Stadtgestaltung, in Japan *machizukuri* genannt, erweist sich mehr und mehr als ein Werkzeug, bei dessen Einsatz es zumindest auch um Kostenreduktion geht und bei dem die sanften, also stadtpolitisch und ökonomisch weniger strittigen Problemzonen behandelt werden.

Der Begriff des *machizukuri* (まちづくり; *machi* = Stadt, Gemeinde, Lebensraum *zukuru* = machen, gestalten) hat in Japan eine schon 50jährige Geschichte und meint Stadtgestaltung mit (mehr oder weniger) Bürgerbeteiligung.² In die Welt gesetzt wurde der Begriff in den 1960er Jahren von einer Bürgerinitiative in Nagoya, die gegen den Bau eines über-

² „...Machizukuri, literally meaning ‘town (machi) building (zukuri)’, creating physical space as well as human network in local community.” Yukio NISHIMURA: *From City Planning to Machizukuri A Japanese Experience of Community Planning Paper*: International Community Planning Forum, Taipei, 2005 (p 1)

dimensionierten Mehrfamilienhauses in ihrer Nachbarschaft protestierte. In den 1970er Jahren war *machizukuri* zum kämpferischen Slogan für den Erhalt traditioneller Stadtarchitektur geworden und wurde allorts eingesetzt gegen die zentral gesteuerte, Betonklotz orientierte und rein ökonomisch strukturierte Stadtplanung. Aus dieser Widerstandspraxis mit konservierenden Absichten ist schließlich ein verbreitetes Instrument administrativer Stadtplanung in Japan geworden, das bei der Gestaltung kleiner Grünflächen ebenso wie bei der Ausbildung von Nachbarschaftsstrukturen und dem Wiederaufbau ganzer Stadtteile, wie in Kobe nach dem verheerenden Erdbeben von 1995, eine Rolle spielt. In den wissenschaftlichen Diskussionen wird die Ambivalenz dieser inzwischen staatlich lancierten Teilhabepaxis hervorgehoben und die Rolle der lokalen Bevölkerung angesichts der nach wie vor zentralistisch strukturierten japanischen Regierungsform problematisiert.³ Für die Stadt Kyoto hält der Ethnologe Christoph Brumann fest: Offiziell „hatte sich die Stadtverwaltung ganz dem Ideal der *patonashippu* (Partnerschaft) mit den Bürgern verschrieben, das in keiner offiziellen Ansprache fehlte [...] und es wurde mit *machizukuri*-Aktivitäten der Bürgerdialog gesucht.“⁴ Zugleich mangelt es in der Praxis an ernst zu nehmenden Kooperationen, weil Transparenz in den abschließenden Entscheidungsprozessen fehlt und Behördenmitarbeiter Schwierigkeiten haben, „den verschiedenen Formen der bürgerlichen Selbstorganisation [...] tatsächlich auf gleicher Ebene zu begegnen.“⁵ *Machuzukuri* scheint der klingende Name für ein gut gemeintes Gesprächsangebot geworden zu sein, das strukturell nicht bereit ist, die relevanten Entscheidungsbefugnisse zu demokratisieren.

Es fällt gleichwohl die Selbstverständlichkeit auf, mit der in Japan dieses *machizukuri* in aller Munde ist. Beeindruckend auch die begriffliche

³ Vgl. neben den hier angeführten englischsprachigen Publikationen auch die Arbeit von Silke Vogt: Neue Wege der Stadtplanung in Japan. Partizipationsansätze auf der Mikroebene, 2001

⁴ Christoph Brumann: Weite Himmel über der Kaiserstadt: Die Kehrtwende in Kyotos Stadtplanung, Japanstudien 20, 2008, S. 121

⁵ Ebd

Radikalität, mit der das vermeintlich bürgernahe Stadtgestalten im Behördenapparat etwa mit dem Autonomie-Begriff ausgestattet wird. Beachtlich die Ausdifferenziertheit, mit der sich *machizukuri* in den öffentlichen Strukturen sedimentiert hat: *machizukuri*-Ämter, *machizukuri*-Behörden, *machizukuri*-Zuständige allüberall. Schließlich erstaunlich sein rechtlicher Rahmen, den es inzwischen in Japan erhalten hat. Bis 2004 wurde die Stadtplanung für das ganze Land noch zentral von der Hauptstadt Tokio aus geregelt. Dann trat eine neue nationale Rahmengesetzgebung in Kraft, die Landschaften und Städte als „gemeinsames Eigentum des Volkes“ (*kokumin kyotsu no shisan*) definiert und lokalen Regierungen die Möglichkeit gab, Stadt- und Raumplanung selbstständig und jenseits nationaler Wirtschaftsinteressen zu betreiben.⁶ In Kyoto wurden daraufhin neue Stadtbild-Verordnungen erarbeitet und 2007 auch verabschiedet, die den landschaftlichen und historischen Gegebenheiten der alten Kaiserstadt Rechnung tragen. „Schönheitszonen“ wurden installiert sowie Bestimmungen, die Leuchtreklamen und Gebäudehöhen reduzieren sollen. Die Stadt wurde in ihrer urbanen Gesamtheit planerisch erfasst und ihr Erscheinungsbild als Gemeingut anerkannt. Das in Japan hoch geschätzte und gesetzgeberisch extrem geschützte Eigentumsrecht, welches Immobilienbesitzern enorme Freiheiten in der baulichen Gestaltung ihrer Grundstücke lässt, wurde ästhetisch reglementiert. Doch die neuen Verordnungen in Kyoto nehmen das Gemeinwesen Stadt nur unter stilistischen Gesichtspunkten zur Kenntnis und schaffen Schönheitsschutzgebiete und Blickachsen, aber keine gesellschaftlichen Räume. Einerseits. Andererseits wird mit den neuen Verordnungen durchaus ein Widerstandswerkzeug im administrativen Apparat installiert, mit dem Bürgerinitiativen etwa überdimensionierte Investorenprojekte anfechten können. Es hat sich eine lokale Gesetzgebung etabliert, die von einer engagierten Zivilgesellschaft ange-

⁶ Vgl. dazu: Christoph Brumann: Weite Himmel über der Kaiserstadt: Die Kehrtwende in Kyotos Stadtplanung, *Japanstudien* 20, 2008, S. 112 bzw. den gesamten Artikel; aber auch zum Thema staatliche japanische Stadtplanung und Kyotos Stadtentwicklung sowie Bürgerbeteiligung Christoph Brumann, *Tradition, Democracy and Townscape of Kyoto*, Routledge, 2012

eignet werden könnte. Gleichwohl sind die neuen Stadtbildverordnungen kein Ausdruck von Bürgerengagement, der den urbanen Raum als Allgemeingut durchsetzen und mitbestimmen will. Schönheitszonen als Widerstandsinstrument gegen Großinvestoren sind weder „von unten“ initiiert noch folgt aus ihnen eine administrative Stärkung der lokalen Autonomie.⁷

So hat auch das Amt zur Beförderung lokaler Autonomie im Rathaus von Kyoto trotz seines progressiven Namens nur den moderaten Auftrag, an den weichen Rändern der soziokulturellen Stadtgestaltung zu laborieren und ist mit finanziellen Mitteln für Projekte im Mikrobereich ausgestattet. Die städtische Hardware wird in anderen *machizukuri*-Abteilungen der Stadt verhandelt, die ihrerseits nur plazebo-demokratische Kommunikationsprozesse etwa über den Erhalt einzelner, traditioneller Wohnhäuser initiieren. Die großen Planungen scheinen nach wie vor woanders stattzufinden, die Kommunikationsprozesse sind immer noch von oben nach unten organisiert und die Rangordnung im städtischen Verwaltungsapparat bleibt oligarchisch. Alle *machizukuri* Ämter sind in einem hierarchischen Aufbau vom Rathauszentrum aus in die Bezirke hinein aufgefächert. In Kyoto befindet sich auf Bezirksebene in Korrelation zum Amt für Autonomie das kleinere Amt zur Förderung lokaler Mitbestimmungsmacht (*Chiiki ryoku suishin shitu*). Die „Macht“ der Anwohner besteht hier etwa darin, Anträge auf Förderung lokaler, kultureller oder sozialer Aktivitäten stellen zu können. Dieses Förderinstrument, das für Nachbarschaftsfeste, Sportveranstaltungen, Parkpflegemaßnahmen oder Ausstellungprojekte gedacht ist, wird allerdings auch von aufmüpfigen Bürgerbewegungen genutzt. Etwa vom *Takano Protest People Movement* im Norden von Kyoto, eine Initiative, die damit ihre Aktivitäten gegen ein lokales Bauprojekt staatlich fördern lässt.

⁷ Vgl Brumann Weite Himmel über der Kaiserstadt: S.121

Die Lage erweist sich mithin als komplex. Einerseits haben Bürgerbewegungen immer wieder für Teilhabeprozesse gekämpft und mit dem *machizukuri* einen Begriff der kooperativen Stadtgestaltung geprägt, das zentralistisch organisierte Regierungssystem hat sich teilweise selber dezentralisiert und Verantwortlichkeiten an lokale Institutionen abgegeben; Landschaften und Städte wurden als Gemeinwesen erkannt, eine Vorstellung von der Gestaltbarkeit des urbanen Raums ist ebenso gewachsen wie das zivilgesellschaftliche Bewusstsein über ein Recht zur Einmischung in die städtischen Angelegenheiten. Andererseits „muss jedoch eingestanden werden, dass das alte top-down Stadtplanungssystem zu einem großen Maß intakt und rigide in der Ausübung geblieben ist“, fassen die Stadtethnologen Carolin Funck und André Sorensen die jüngsten Prozesse in Japan zusammen.⁸

Ansichten einer Gespenstergegend

Die intakte und rigide Durchsetzungsmacht aktueller top-down Planungspolitik lässt sich in Kyoto unweit des Hauptbahnhofs eindrücklich besichtigen. In Begleitung des japanischen Fotografen Tadashi Ono durchstreifen wir eine gespenstische Gegend. wenige Blocks entfernt liegen die überfüllten Strassen im Zentrum der Stadt, doch dieses Viertel steht so gut wie leer. Die schmalen Gassen sind übersichtlich geworden, weil die alten Holzhäuser, die hier standen, abgerissen wurden und auf den Brachen nun Grashalme zwischen dem Schutt wachsen. Die entleerten Grundstücke öffnen neue Blickachsen auf die repräsentativen Gebäude am Hauptbahnhof. Sie sind einsehbar, aber unzugänglich. Zwei Meter hoher Maschendraht parzelliert das Areal. Zugemauerte Häuser befinden sich zwischen den eingezäunten Brachen. Vereinzelt dringt am Abend schwaches Licht aus wenigen noch bewohnten



⁸ "It must be admitted, however, that to a great extent the old top-down city planning system remains intact, and peculiar rigid in application." André Sorensen and Carolin Funck: Conclusion: A Diversity of Machizukuri Processes and Outcomes, in: Living Cities in Japan. Citizens' movement, machizukiri and local environments, ed. by André Sorensen and Carolin Funck, Routledge Japanese Studies Series, 2007, S. 236

Gebäuden. Auch das kleine *sentō*, das öffentliche Viertelbad, ist trotz der ausgelagerten Bevölkerung offenbar noch in Betrieb.

Tadashi Ono, der uns hierher geführt hat, untersucht im Rahmen eines künstlerischen Forschungsprojekts die sozialen und ästhetischen Prozesse, die in diesem Gebiet stattfindenden. Er recherchiert in Foren und auf Blogs nach den politischen Hintergründen und teilt seine Kenntnisse mit: In dieser Gegend war die Unterschicht zuhause, einfache Holzhäuser auf winzigen Grundstücken waren ihr Eigentum. Mit undurchsichtigen Methoden hat die Stadt den hier wohnenden Menschen ihre Häuser und Grundstücke abgenommen und die gesamte Nachbarschaft in billige, nah gelegene Betonwohnklötze umgesiedelt. In den neuen Mietwohnungen haben die Menschen nun fließendes Wasser, Toiletten und Küchen, aber kein Eigentum mehr. Mietverträge können nicht vererbt werden und so wird spätestens die nächste Generation endgültig aus dieser Gegend verschwunden sein.



Das verwaiste und von Bewohnern entleerte Gelände ist für die Stadt Kyoto ein erstklassiges Entwicklungsgebiet. Die Konsumzone um den Hauptbahnhof soll stetig wachsen und so wird diese einst verpönte Gegend der Unterschicht in fußläufiger Nähe zum begehrten Land. Die Leute, die hier wohnten, stehen einem groß angelegten Masterplan im Weg, mit dem der innerstädtische Geschäftsbereich erweitert werden soll. Um sicherzustellen, dass die leer geräumten Flächen sauber bleibt und sich nicht Wohnungslose einrichten, verbarrikadiert die Stadt diese Gegend mit Maschendraht, solange bis alle Grundstücke ent- und angeeignet, alle Häuser abgerissen, alle Anwohner umgesiedelt wurden – nicht um Stadt, sondern *tabula rasa* zu machen. Ästhetisch vermittelt der Ort das Gegenteil von urbaner Öffentlichkeit sowie die komplette Abwesenheit zivilgesellschaftlichen Stadtlebens. Eingezäunte Brachen, umgesiedelte Anwohner, undurchsichtige Planungsprozesse, gespenstische Leere und – wie es scheint – ein kollektives Schweigen zu den

Konflikten, die solche hierarchisch geplanten Entwicklungsprozesses mit sich bringen. Wie in einer Momentaufnahme visualisiert sich im bewegungslosen Ensemble der Zäune, Leerstände und verwaisten Gassen die Einfrierung des potentiellen Widerstreits zwischen Anwohnern und Stadtadministration. Die Frage, wem das Land gehört und wer es nutzen darf, wurde von den herrschenden Regierungsinstrumenten zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklungsinteressen der Stadt Kyoto entschieden. Die lokale Antwort ist ein betretenes Schweigen: Kein Banner, das Widerrede signalisiert, kein Loch im Zaun, keine öffentliche Aussprache.

Was sollen wir also von Japan in Sachen Öffentlichkeit lernen? Von einem Land, in dem Widerrede leisten als etwas Unanständiges verpönt ist. Von einer Gesellschaft, die als „Harmonie-“ oder „Schamkultur“ gilt, seitdem die amerikanische Kriegsbehörde während des zweiten Weltkriegs eine anthropologische Studie in Auftrag gab, um Richtlinien für ihre Besatzungspolitik zu erhalten. Die Anthropologin Ruth Benedict entwickelte ihre Diagnosen zu den schamhaften Mustern der japanischen Kultur nicht durch Feldforschungen im Land selber, sondern an japanischen Kriegsgefangenen und Einwanderern in den USA. Dennoch waren ihre Studienergebnisse auch in Japan selber enorm einflussreich. Ihr Buch *Chrysantheme und Schwert*⁹ wurde 1948 kurz nach seinem Erscheinen ins Japanische übersetzt und sein viel diskutierter Topos von der östlichen Schamkultur im Gegensatz zur westlichen Schuldkultur dient auch den Japanern zur Selbstcharakterisierung. In einer Schamkultur regelt die Gruppe das Verhalten ihrer Mitglieder, und die Einzelnen entwickeln bei auftretenden Problemen kein individuelles Schuldbewusstsein. Fehler werden nicht für sich bewertet, sondern in Relation zu Abhängigkeiten und Hierarchiestellungen der Beteiligten zueinander. Ziel sei im Konfliktfall nicht das Adressieren von Problemen, sondern die Wiederherstellung der Harmonie. Außendiagnose und Bin-

⁹ Ruth Benedict: *Chrysantheme und Schwert. Formen der japanischen Kultur*. Frankfurt/M. 2006

nenwahrnehmung haben gemeinsam das Selbstverständnis einer an Harmonie orientierten Gruppenkultur etabliert, in der das Reden über Probleme als unschicklich gilt und das Formulieren von Kritik als anstößig. Dass man Fehler nicht anspricht, damit Kontaktpersonen ihr Gesicht nicht verlieren und nie direkt „nein“ sagen soll, lernt jeder Japan-Tourist als erste Lektion. Als zweite Lektion erfährt man von Haltungen, die typisch für die japanische Gesellschaft seien, etwa das *ayamaru*, die Botmäßigkeit, sich um der Harmonie willen für alle zu entschuldigen, oder *gaman*, das Prinzip durchzuhalten und alles zu ertragen, bis man umfällt.

Was man nicht lernt, sind die darin eingebetteten feinen hierarchischen Unterschiede. Sich notorisch zu entschuldigen, entfällt für das Führungspersonal. Nein zu sagen, können sich diejenigen sparen, die Entscheidungen treffen und Realitäten schaffen. Etwa die Kyotoer Stadtverwaltung, die offenbar beschlossen hat, die Gegend in der Nähe des Hauptbahnhofs von ihren Bewohnern und Bewohnerinnen zu entleeren, sich die Grundstücke anzueignen und das Areal masterplanmäßig zu entwickeln. Trotzdem verwundert es, dass die Stadt Kyoto dabei so erfolgreich war, das Gebiet ohne großes Aufhebens zu entvölkern. Denn wenn es darum geht, Japanerinnen und Japaner nach Austragungsorten städtischer Öffentlichkeit zu fragen, wird immer wieder und sehr vehement auf die Nachbarschaftskomitees verwiesen, die in allen Vierteln jeder japanischen Stadt existieren und die sich um die Belange der Anwohnerinnen und Anwohner kümmern.

Silbergraue Nachbarschaftsverbände - *Chonaikai*

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts haben sich in japanischen Städten lokale Strukturen von Nachbarschaftskomitees etabliert – genannt die *chonaikai*. In diesen Verbänden organisieren sich Anwohner einzelner Straßenblöcke, tauschen ihre Belange aus, nehmen ihre Angelegenheiten in die Hand und kommunizieren mit den Organen der Administra-

tion. Wie kommt es zu diesen weit verbreiteten und kapillaren Strukturen nachbarschaftlichen Engagements und was leisten sie für die Ermöglichung einer bewohnernahen Kultur der Öffentlichkeit? Denn in Nachbarschaftsverbänden organisiert und vernetzt mit den administrativen Einrichtungen könnten Stadtbewohner tatsächlich als lokale Experten wertvolles Wissen in die Stadtpolitik einbringen. Ihre Eigeninteressen könnten sich mit dem Interesse des Gemeinwohls austarieren. Stellen also *chonaikai* im besten Sinne eine Kultur der Selbstorganisation und der öffentlichen Teilhabe an städtischen Entscheidungs- und Planungsprozessen dar? Bilden sie eine Plattform kritischer Öffentlichkeit, zivilbürgerlicher Selbstorganisation und Meinungsbildung? Was genau findet in den japanischen Nachbarschaftsverbänden statt, wer kann sich einbringen und in welchen Beziehungen stehen sie zu den städtischen Behörden? Könnten sie gar ein Vorbild für Quartiersräte in europäischen Städten sein? In vielen deutschen Städten wird gefordert, dass es so etwas wie Nachbarschaftskomitees geben müsse, um Sozialstrukturen aufzubauen, den Informationsfluss zwischen Politik, Verwaltung und Bewohnern zu intensivieren und auf diese Weise öffentliche Meinungsbildungsprozesse und Mitbestimmung zu etablieren. Anders als in den japanischen Städten gibt es in den Nachbarschaften europäischer Städte keine institutionalisierten Foren, wo Bewohnerinnen und Bewohner sich treffen und ihre Belange artikulieren können. In Japan hat sich die Idee von Quartiersräten als urbaner Öffentlichkeit über die Zeitspanne eines Jahrhunderts bereits etabliert – so scheint es.

Wir sind zu einer *chonaikai*-Sitzung im Süden von Kyoto eingeladen. In einem neonhell erleuchteten Raum ohne Außenfenster sitzen neunzehn Männer und drei Frauen arrangiert in einem großen Rechteck an weißen Tischen auf weißen Plastikstühlen. Gleichmäßig konzentriert nach vorne gebeugt der Kopf der Sitzungsteilnehmer. Nur diejenigen, die im Stehen über den jeweiligen Tagesordnungspunkt rapportieren, ragen für einen Moment aus der gleichförmigen Runde heraus. Abgerückt an ei-

nem kleinen Extratisch befindet sich „das Volk“, in Gestalt zweiter Anwohner, die zuhören dürfen, aber nicht sprechen. Aber es sprechen ohnehin nur wenige. In dieser Runde tauschen sich die Vorsitzenden dreier Nachbarschaftskomitees mit Vertreterinnen und Vertretern des städtischen *machizukuri*-Zentrums und einem Verkehrsberater von der Universität über Themen wie Buslinienplanung, Gesundheitsversorgung, Katastrophensicherheit und die Organisation des Sommerfestivals aus. Wir nehmen an der Sitzung eines übergeordneten Gremiums teil, dessen Funktion es ist, Informationen aus drei Nachbarschaften zu bündeln und den Behördenvertretern Bericht zu erstatten. Dieser berichterstattende Status wird durch die diskussionsfreie Geschwindigkeit betont, in der die vielschichtigen Themen hintereinanderweg in eineinhalb Stunden abgehandelt werden. Der Vortrag des Verkehrsplaners von der Universität wird zur Kenntnis genommen. Gesandte der drei Nachbarschaftskomitees haben Beiträge vorbereitet, die verlesen werden, zum Stand der Gesundheitsversorgung, zu den Neuigkeiten in der Katastrophensicherheit und zu den Planungen für das Sommerfestival. Ein Bericht über den Zustand des kürzlich etablierten Bauernmarktes wird angehört. Die städtischen Behördenvertreter bestätigen die Kenntnisnahme der Berichte. Dann ist die Sitzung der nachbarschaftlichen Selbstorganisation zu Ende.

Im Anschluss an diese Zusammenkunft führen wir ein Gespräch mit den drei Vorsitzenden der *chonaikai* und fragen: Welche zivilgesellschaftliche Rolle spielen die Nachbarschaftsverbände und wie wird mit Interessenkonflikten etwa zwischen lokalen Bedürfnissen und städtischen Belangen umgegangen? Die drei Vorsitzenden bringen emphatisch zum Ausdruck, dass Katastrophen wie die in Fukushima gezeigt hätten, dass die Menschen vor Ort, ihr Wissen, ihr Engagement und ihre Selbstorganisation für die japanische Gesellschaft von zentraler Bedeutung seien, dass mithin die lokalen *chonaikai* eine große zivilgesellschaftliche Rolle spielten. Zu beklagen sei aber der Schwund an



chonaikai-Strukturen durch die moderne, unpersönliche Stadtgesellschaft und der Mangel an jüngeren engagierten Menschen in den Komitees. Auf die Fragen, wie dieses engagierte, lokale, öffentliche Engagement zu fördern sei, welche Entscheidungskompetenzen bei den Nachbarschaftskomitees lägen, wie jüngere Menschen zu integrieren wären und welche Rolle die *chonaikai* selber hierbei spielen könnten, antworteten sie gemeinsam und nachdrücklich mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit starker lokaler Anführer – Anführer gegen Überalterung, Anführer für die Selbstorganisation, Anführer um lokales Engagement zu fördern?

Wie vertragen sich Hierarchiewünsche mit Teilhabeforderungen? Die Ansichten der Vorsitzenden über die führende Rolle von Vorsitzenden verdeutlichen die schwierige Ambivalenz aus Führerhoffnung und Teilhabeforderung, Gestaltungswille und Überalterung, welche die japanischen *chonaikai* vielerorts prägt. Eine Ambivalenz, die historische Wurzeln hat. Nachbarschaftskomitees sind nicht aus den Impulsen einer engagierten Stadtbevölkerung zur Teilhabe an der Organisation des Städtischen oder aus dem Willen zur öffentlichen Verlautbarung heraus entstanden. Auch haben sie nicht viel mit traditionellen Dorfstrukturen oder einer allgemeinen Kultur der Sorge und Hilfe zu tun, wie häufig in Japan behauptet wird. Nach den Recherchen der Anthropologin Katja Schmidtpott¹⁰ wurden *chonaikai* Anfang des 20. Jahrhunderts als Strategie der Regierungen großer japanischer Städte ins Leben gerufen, um den zunehmend chaotischen Zuständen in den anwachsenden Metropolen Herr zu werden. Das Ziel war es, die städtische Infrastruktur wie Müllentsorgung, Kanalisation oder Gesundheit ohne staatliche Investitionen zu organisieren. Die Stadtviertelbewohner sollten es selber richten.

¹⁰ Vgl. Schmidtpott "Indifferent communities: neighbourhood associations, class and community consciousness in pre-war Tokyo" in: Brumann, Schulz: Urban Spaces in Japan, Routledge 2012

Traditionell wurden städtische Viertel von den ansässigen Grundbesitzern kontrolliert, auf deren Anwesen besitzlose Bevölkerungsschichten zur Miete wohnten. Diese Klasse der Besitzenden etablierte die ersten Varianten der *chonaikai* als exklusive Foren, um die lokale Infrastruktur intern zu organisieren, vor allem aber, um sich als Vorsitzende dieser Nachbarschaftskomitees politischen Einfluss zu verschaffen. Ein informelles System der Einflussnahme zwischen Regierenden, Beamten und lokalen Grundeigentümerverbänden etablierte sich. Das brachte keinerlei verbrieftete Rechte mit sich, aber vielerlei strategische Verflechtungen. Normale Anwohner, die zur Miete lebten, hatten in dieser Anfangsphase der Nachbarschaftskomitees in Japan keinen Zutritt zu diesen Clubs der Oberschicht und noch heute sind in den *chonaikai* häufig die Immobilienbesitzer organisiert und nicht die Mieter gewöhnlicher Wohnhäuser. Für alle Anwohner prinzipiell offen wurde die elitäre Struktur erst, als die Nachbarschaftskomitees in einem Umfang finanzielle Mittel für ihre infrastrukturellen Aufgaben benötigten, welche die Grundbesitzern nicht mehr aus eigener Tasche zu bestreiten bereit waren. Von staatlicher Seite wurden nach wie vor keine finanziellen Mittel bereitgestellt. Über Mitgliedsbeiträge sollten die Kassen der *chonaikai* nun gefüllt werden und die ärmeren Anwohner wurden mit dem Mythos einer Kultur der gegenseitigen Hilfe und Sorge zum zahlenden Beitritt animiert.

Allgemeine Teilhabe an Nachbarschaftsverbänden übersetzt sich auch heute noch für viele Japaner in simplen Beitragszwang. Die große Gruppe der zahlenden Mitglieder war und ist angehalten, vor allem Aufgaben zu erfüllen: Sie verteilen städtische Informationsbroschüren an die Haushalte, absolvieren Kontrollgänge in der Nachbarschaft, führen Aktionen für Sauberkeit auf der Straße durch oder stellen Speisen auf Nachbarschaftsfesten bereit. Jeder Haushalt hat darüber hinaus die Möglichkeit, genau eine Person in die Gremientreffen des Komitees zu schicken, wo Aktivitäten geplant und Probleme besprochen werden. So-

lange in den Haushalten noch Großväter am Leben und einigermaßen bei Bewusstsein sind, gelten sie in der Regel als Familienoberhaupt und vertreten die Haushalte im Nachbarschaftskomitee. Entscheidungen fällt in diesen Seniorenclubs der jeweilige Vorsitzende, der das Komitee auch gegenüber städtischen Einrichtungen vertritt. Informelle Hierarchien durch etablierte Strukturen regeln häufig die Wahl dieser Vorsitzenden. „Ein *chonaikai* ist nicht für normale Menschen, sondern für *chonaikai*-Leute“, erklärt ein Anwohner im nördlichen Kyoto. „Diese Nachbarschaftskomitees bestehen aus besonders alten Personen, zum Beispiel eine ehemaliger Prinzipal, ein ehemaliger Funktionär oder Personen einer Familie, die hier schon seit der Edo-Periode lebt.“¹¹ Die meisten Nachbarschaftsverbände sind in der Wahrnehmung vieler Japaner auch im 21. Jahrhundert zutiefst ständisch und gerontokratisch. Die Herrschaft der alt eingesessenen und hoch betagten Männer äußert sich nicht nur ästhetisch im silbergrauen Farbton der Komiteesitzung, der wir beiwohnen durften. Laut der empirische Befunde einer Untersuchung des *Japan Centre for Cities* von 2000 sind knapp die Hälfte aller Gremienmitglieder von Nachbarschaftskomitees über 65 Jahre alt und weitere 45 Prozent haben ein Lebensalter zwischen 56 und 64 erreicht. Bleiben noch etwas über fünf Prozent für alle anderen unter 55 Jahren.¹²

Was lässt sich aus diesen japanischen Erfahrungen für die Möglichkeiten städtischer Teilhabe und urbaner Öffentlichkeit ableiten? Japans Nachbarschaftskomitees machen nicht den Eindruck, dass es sich bei ihnen um basisdemokratische Plattformen der Selbstorganisation und öffentlichen Teilhabe handeln könnte. Werden sie erst einmal ihrer informellen Hierarchien entlarvt, wird ihre Ersatzfunktion für städtische Auf-

¹¹ “A *chonaikai* isn’t for the ordinary people, but for *chonaikai*’s people. I mean a *chonaikai* consists of peculiar old persons, for example, a former principal, a former official or a person who has lived there since the Edo Period.”

¹² Vgl. Shizuka Hashimoto: *Neighbourhood Associations and Machizukuri Processes Strength and Weakness*, p. 230 in: *Living Cities in Japan. Citizens’ movement, machizukuri and local environments*, edited by André Sorensen and Carolin Funck, Routledge Japanese Studies Series 2007

gaben hervorgehoben und ist der Mythos von einer Kultur der Fürsorge relativiert, dann taugen sie nicht mehr viel als internationales Vorbild für Quartiersräte. Einerseits. Andererseits gibt es in den japanischen Städten immerhin eine flächendeckende Struktur der Selbstorganisation, die das Potential hätte, Plattform öffentlicher Meinungsbildung und Teilhabe an städtischen Planungsprozessen zu werden. Überall existieren die Räte, denen es um ein besseres Stadtleben geht. Derzeit beschränken sie sich in ihren Aktivitäten auf Gesundheit und Sicherheit, auf das Feiern von Festen und das Pflanzen von Bäumen. Nur selten realisieren sie darüber hinaus auch politische Formate des öffentlichen Miteinanders. Formate, bei denen sich Anwohnerinnen und Anwohner auf Augenhöhe begegnen und mit Entscheidungsmacht ausgestattet die Stadt mit gestalten können: Die vorhandene Struktur von Nachbarschaftskomitees realisiert noch keine Kultur der öffentlichen Teilhabe. Doch sie bilden ein nutzbares Gerüst. Erst die gleichberechtigte Selbstorganisation der Akteure in diesen Strukturen würde Öffentlichkeit und Teilhabe zum Leben erwecken. Dass diese gleichberechtigte Ausgestaltung der bestehenden Formate aber möglich wäre, beweist der Sachverhalt, dass *chonaikai* je nach Bewohnerschaft tatsächlich sehr unterschiedlich sein können: überaltert und hierarchisch die meisten, engagiert und egalitär einige wenige. Es gibt mithin Akteure, die versuchen, das Format der Komitees zu erneuern; es gibt Leute, welche die Lobbyverbände zu Teilhaberäten umgestalten, Mitspracherechte in städtischen Angelegenheiten einfordern und die durch ihr Tätigsein eine städtische Kultur des Öffentlichen entstehen lassen.

Doing the Public

Was bedeutet diese Einsicht in die Bedeutung des Tätigseins für das Verständnis von Öffentlichkeit? Öffentlichkeit ist offenbar eine Sache der Aneignung und Ausgestaltung von Strukturen und existiert nicht aus deren Bestand alleine. Nicht Vorhandenheit, sondern Tätigkeit macht die Kultur des Öffentlichen aus. Auf den ersten Blick sind es in Japan

die sozialen Strukturen der Nachbarschaftskomitees, die Teilhabe am öffentlichen städtischen Leben versprechen – doch meistens nicht halten. In Europa baut das Versprechen auf Öffentlichkeit traditionell auf die physischen Strukturen der städtischen Plätze und Straßen. Denn aus der neuzeitlichen politischen und urbanen Entwicklung Europas heraus, sind wir gewohnt davon auszugehen, dass die Plätze der Städte, neben den parlamentarischen Agoren und inzwischen auch den netzbasierten Kommunikationsforen, die relevanten öffentlichen Räume sind. Diese städtebaulichen Räume sind aber nur, wie japanische Nachbarschaftskomitees auch, urbane Ermöglichungsräume des Öffentlichwerdens: Die Straßen für Demonstrationen, die Gebäude für Zusammenkünfte oder die Parks und Plätze für Begegnungen. Sie stellen räumliche Rahmungen für zivilgesellschaftliche Tätigkeiten dar und territorialisieren Öffentlichkeit. Deswegen wollen sich Städter beteiligen an der Gestaltung des physischen Stadtraumes als ihrer Bühne und deswegen fordern sie Teilhabe an Stadtplanungsprozessen. Sie wollen Verantwortung für den gemeinsam genutzten Raum übernehmen und sich durchsetzen gegenüber einer Regulierung der Stadt durch bloß ökonomische Interessen, wie es nicht nur in Japan verbreitet ist.

Man erkennt an dieser Auseinandersetzung unschwer, dass der Stadtraum von verschiedenen Interessengruppen beansprucht wird. Um diesen Raum, der eine Ermöglichungsplattform für Öffentlichkeit sein könnte, wird gekämpft – aber auf zwei Ebenen. Um die Strukturen, die das Öffentlichwerden als Plattform ermöglichen, und um die Formate, mit denen diese Bühnen bespielt werden. Auch auf erkämpften „öffentlichen“ Plätzen ist eine zivilgesellschaftliche Kultur des Öffentlichen nicht zwangsläufig vorhanden. Öffentlich sind diese Räume als Austragungsorte von Auseinandersetzungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen nur, wenn Städter sich hier auch aktiv versammeln und artikulieren. Bei den Strukturen, den baulichen der Straßen und Plätze wie den sozialen der Nachbarschaftskomitees, scheint gemeinsam, dass aus ihnen allei-

ne nicht zwangsläufig öffentliches Leben entsteht. Ein europäischer Analyseblick ist vielleicht geneigt, aus Gewohnheit demokratische Mangelzustände auf einen Mangel an baulichen Strukturen zurückzuführen. Und in der Tat hat die Verteidigungslogik des traditionellen japanischen Städtebaus lange Zeit verhindert, dass in dem ostasiatischen Land urbane Freiflächen entstanden. Es wurden stattdessen verdichtete Wohnblöcke gebaut. Versammlungsstätten scheinen keine Tradition zu haben und öffentliche Artikulationen haben sich nicht habitualisiert. In den dichten Wohnblöcken japanischer Städte haben sich aber Nachbarschaftskomitees zur Selbstorganisation gebildet. Diese *chonaikai* erweisen sich bei genauerer Betrachtung zwar nicht als basisdemokratische Foren städtischer Teilhabe, sondern als hierarchische und zugleich ohnmächtige Seniorenclubs, die gegenüber der städtischen Verwaltung eine bloß beratende Funktion und gegenüber der eigenen Nachbarschaft einen disziplinierenden und unterwerfenden Charakter haben. Trotzdem ist davon auszugehen, dass sich urbane Öffentlichkeit auch sozial organisieren muss, um wirklich zu werden. Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass ein flächendeckendes Netz lokaler Viertelräte das organisatorische Fundament basisdemokratischer Teilhabe bilden kann, weil damit Foren bereitgestellt werden, in denen sich Nachbarn als Bürgerinnen und Bürger versammeln und artikulieren können. *Chonaikai* sind wie Marktplätze: formale Ermöglichungsplattformen. Sowohl die baulichen wie die sozialen Foren als Ermöglichungsplattformen des Öffentlichen erweisen sich als so essentiell wie nicht ausreichend. Sie sind eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung urbaner Teilhabe. Öffentlichkeit aber ist mehr und zwar etwas, das erst durch die konkrete Aktivität der Selbstbehauptung aller Bürgerinnen und Bürger zu existieren beginnt. Für die japanischen Nachbarschaften bestünde diese Aktivität etwa darin, das bestehende Gerüst ihrer Komitees mit dem Fleisch basisdemokratischer Beteiligungsformate auszustatten und gegenüber dem städtischen Verwaltungsapparat Entscheidungshoheiten durchzusetzen. Das konfrontative aktive Auftreten auf der Bühne

der Sichtbarkeit und die Rituale des Widerspruchs machen dagegen die europäische Kultur des Öffentlichenwerdens aus. Beides aber sind öffentliche Tätigkeiten und nicht die Struktur der bereitgestellten Räume alleine. Der Politiktheoretiker Masao Maruyama stellt in den widerständigen 1960ern in Japan etwas über die Freiheit fest, was auch für die Öffentlichkeit reformuliert werden kann: Er schreibt: „Freiheit ist kein Dekorationsstück, sondern sie wird alleine durch wirkliche Ausübung erhalten.“¹³ Für die Öffentlichkeit gilt: Sie ist kein Bauwerk und keine Ratsstruktur alleine, sondern wird durch wirkliche Ausübung erzeugt.

Takano Protest People – oder unser Areal!

Ein Beispiel wirklicher Ausübung von Öffentlichkeit finden wir in Japan in Takano, einem nördlichen Stadtteil von Kyoto. Investoren wollen hier in einem Wohngebiet eine große *Pachinko*-Spielhalle bauen. Dagegen wehren sich die Anwohner. Sie gründen die Initiative *Takano Pachinko Building Protest People* und gehen raus aus ihren Wohnblöcken und ihren Nachbarschaftskomitees auf die Straße: Sie platzieren rund um die Baustelle Transparente, sie veranstalten öffentliche Feste, um Aufmerksamkeit zu erzeugen und sagen hörbar „Nein“ zum *Pachinko*. Die Bürgerinitiative hat sich übergreifend über die vorhandenen lokalen Nachbarschaftskomitees gegründet und beansprucht, mit anderen Aktivisten in Kyoto über das lokale Problem der Spielhalle hinaus in Sachen einmischender Stadtgestaltung ein Netzwerk zu bilden. Anders als eine *chonaikai* ist die Initiative gegen die Spielhalle nicht räumlich definiert über die Bewohner und Bewohnerinnen, die mit unterschiedlichen Interessen in einem bestimmten Stadtgebiet wohnen, sondern inhaltlich über Menschen, die ein Anliegen teilen – das Anliegen gegen die Spielhalle und für eine andere Stadtplanungspolitik zu sein.



¹³ MARUYAMA Masao: Was man ist und was man tut. (1950), in: Denken in Japan, Frankfurt/M. 1988

Doch wo liegt für die Leute von Takano überhaupt das Problem mit der Spielhalle? Was hat sie bewogen „Nein“ zu sagen und über dieses „Nein“ zu einem öffentlichen Engagement für stadtpolitische Angelegenheiten zu finden? Im Viertel befindet sich schon ein sehr großer Gebäudekomplex. Ein riesiges Einkaufszentrum, neben dem die Spielhalle gebaut werden soll. *Pachinko*-Hallen sind laut, bunt, schrill, groß, irgendwie gewaltsam aber auch ästhetisch beeindruckend. Von außen sehen sie wie überdimensionierte Jahrmarktbuden aus. Es hält sich in Japan hartnäckig das Gerücht, das Spielhallengeschäft sei fest in zwielichtiger koreanischer Hand und auch die japanische Mafia würde vielerorts „mitspielen“. Im bürgerlichen Takano-Viertel waren viele Anwohner erschrocken über die Pläne, dass eine dieser riesigen und dubiosen Spielhallen in ihr Wohngebiet gebaut werden soll. Sie fürchten für sich und ihre Kinder den schlechten Einfluss der Spielhalle. Sie vermuten eine Verringerung der Lebensqualität und sie sorgen sich um den Wertverlust ihrer Eigentumswohnungen. Aus diesen sehr privaten Gründen artikulieren sämtliche Wohnblöcke um die Baustelle herum ihr deutliches „Nein“ zum *Pachinko*.



Einige der wütenden Bürger haben sich nach einer Weile des schlichten Protestes gegen das Bauprojekt gefragt, warum überhaupt Investoren ungehindert Gewinne abschöpfen können zu Lasten einer ansässigen Wohnbevölkerung, die dabei nicht mitreden darf; warum ein Grundstück nur Privateigentum ist und nicht auch Teil einer städtischen Gesamtansicht und was man sich eigentlich insgesamt für das eigene Viertel wünscht. Für die *Takano Pachinko Building Protest People* begann es nicht mehr nur um den Werterhalt der Eigentumswohnung, als vielmehr um den Wert der Mitsprache zu gehen. Es entstand das Bedürfnis, nicht nur gegen die Spielhalle zu sein, sondern auch für ein Nachdenken über die Zukunft des Stadtviertels und für ein Recht auf Einmischung. Aus einem reflexhaften Widerstand gegenüber Veränderungen des eignen Umfelds und der eigennützigen Verteidigung von Partikular-

interessen haben sich die *Takano Protest People* zu einer dauerhaften stadtpolitischen Bewegung entwickelt. Sie bestehen immer noch auf ihrem Nein zum *Pachinko* und plädieren für ruhige Wohnverhältnisse aber sie kämpfen auch für das Gemeinwesen und zivilgesellschaftliche Mitbestimmung.

Die *Takano Protest People* haben Umfragen unter den Anwohnern durchgeführt, um die Wünsche herauszufinden, die Anwohner für das Viertel haben. Ein Manifest mit Forderungen ist daraus entstanden. Es vermittelt Ideen, was anstelle der Spielhalle entstehen könnte. Es artikuliert aber auch Prinzipien für die Stadtplanung: „Die Stadt“ so steht im Manifest „sollte eine Gegend sein, die gut für das Alltagsleben ist, unterstützt durch Institutionen, Geschäfte und Natur.“ Und es steht dort, dass die Takano Leute das Gemeinwesen fördern wollen und dabei Wert auf städtische Freiräume legen. Die Diskussion über die Inhalte dieses Manifests fand öffentlich statt. Die Initiative publiziert eine zweimonatige Nachbarschaftszeitung und organisiert Informationsveranstaltungen auf dem offenen Platz neben der Baustelle des geplanten *Pachinko*. Die Takano Leute arbeiten auch mit Rechtsanwälten zusammen, um den Bebauungsplan mithilfe der neuen Kyotoer Stadtverordnungen anzufechten und sie haben in einem der nahe liegenden Wohnblöcke eine öffentliche Bücherei installiert, weil sie herausgefunden haben, dass ein Gesetz die Ansiedlung von Spielhallen in einem Umkreis von mehreren hundert Metern um eine Bücherei verbietet: Mit ihren Aktivitäten realisieren sie ein lokales Forum städtischer Öffentlichkeit.

Einen der Aktivisten der *Takano Protest People* haben wir an einer Kunsthochschule in Kyoto kennen gelernt, wo Akihiko Ono Architektur lehrt. Ono wohnt selber in einem Wohnblock neben der Baustelle. Ihm geht es als Aktivist, Anwohner und Architekt um die übergreifende Forderung nach struktureller Teilhabe von Bürgern an Stadtentwicklung. Die Bürgerinitiative als zeitgenössisches Stadtplanungsinstrument ist



zum festen Bestandteil seiner Lehre geworden und Studierende unterstützen die Protestbewegung in Takano mit Computeranimationen für die Viertelwünsche oder Objekten für die Stadtteilfeste. Die Kunsthochschule hatte uns eingeladen, den Nachbarschaftsgarten „Keimzelle“ aus Hamburg als Kunst im öffentlichen Raum und als Beispiel einer öffentlichen Teilhabeplattform im städtischen Freiraum vorzustellen und Akihiko Ono sorgte dafür, dass wir auch den Leuten von Takano von unseren Hamburger Erfahrungen mit Anwohnerprotest und Teilhabeforderungen erzählen konnten. Der nachbarschaftliche Gemüsegarten in Hamburg St. Pauli ist aus einer ähnlichen Situation wie der in Takano entstanden. Ein großer Supermarkt zog aus seinem riesigen Gebäude aus und der Leerstand sollte umgewandelt werden. Eine große Musikhalle mit einer Kapazität von vielen tausend Gästen war in Planung. Dagegen haben sich Anwohnerinnen und Anwohner in Hamburg zur Wehr gesetzt. Sie wollten nicht noch mehr nächtliche Besucher und Besucherinnen in diesem ohnehin überlaufenen Viertel aushalten. Sie begannen, ein generelles Mitspracherecht für Anwohner zu fordern, und gründeten die Initiative „Unser Areal!“, die einen kollektiven Planungsprozess initiieren wollte. Die „Arealisten“ kämpften für eine neue Stadtplanung, bei welcher der urbane Raum nicht über den Kopf der Bürgerinnen hinweg und nur nach ökonomischen Gesichtspunkten entwickelt wird, sondern bei der die lokale Expertise der Bevölkerung zum Tragen kommt. Auch „Unser Areal!“ hat Umfragen unter den Anwohnern initiiert, um die Wünsche herauszufinden, die das Viertel hat. Ein Papier mit Forderungen und Utopien ist Politikern und Beamten überreicht worden. Pressemitteilungen wurden herausgegeben und Nachbarschaftsfeste auf dem Platz vor dem Gebäude organisiert. Schließlich hat die Initiative in einem nahe liegenden kleinen Park einen öffentlichen Gemüsegarten initiiert, um den Wunsch nach kollektiver Stadtplanung im sichtbaren Freiraum zu territorialisieren: Denn es braucht öffentliche Räume und Plätze, wo sich die Anwohnerinnen, die mitplanen wollen, überhaupt erst einmal zur Kenntnis nehmen können. Der Stadtteil-Gemüse-



garten ist eine Kommunikationsplattform und zugleich eine Form der aktiven Stadtgestaltung, weil er dem Freiraum eine neue Form durch Hochbeete und Sitzgelegenheiten, Betrachtungsobjekte und Mitmachgelegenheiten verschafft. „Keimzelle“ nennt sich dieser öffentliche Garten in Hamburg St. Pauli, weil er ein Planungsgarten sein will, aus dem Mitbestimmung in der Stadtplanung wächst und weil ein noch viel größerer öffentlicher Gemeinschaftsgarten auf dem Gelände der leer stehenden Halle wachsen soll.

Die Idee eines Gemüsegartens als Kommunikationsplattform im Stadtraum haben die Leute von Takano aufgegriffen und angefangen am Rande der Straße rund um die Baustelle ihr „Protestgemüse“ (*hantai yasai*) in Kisten als symbolisches Zeichen gegen die Spielhalle und als Ausdruck ihres Willens zur Teilhabe anzubauen. Auf den Informationsveranstaltungen der Leute von Takano wird nun nicht nur die neueste Nachbarschaftszeitung verteilt, sondern auch Eintopf aus Protestgemüse verköstigt.

Im Rathaus von Kyoto haben wir im Amt zur Beförderung lokaler Autonomie Frau Kamemura von dieser realen Autonomiebewegung in Takano erzählt und Exemplare der Nachbarschaftszeitung überreicht. Sie war begeistert von den Aktivitäten der Initiative und hat die Doppelseite mit den Ergebnissen der Viertelumfrage für ihre Kollegin kopiert. Frau Kamemura selber ist nicht zuständig für diesen nördlichen Bezirk von Kyoto und das Grundstück ist Privateigentum, da könne man nicht viel machen, meint sie... Es kann sein, dass die Leute von Takano mit ihrer Kernforderung gegen die Spielhalle am Ende nicht erfolgreich sind und die Investoren sich gegen den Anwohnerwillen durchsetzen. Erfolgreich ist die Takano-Bewegung aber jetzt schon durch ihre Aktivitäten in der Erzeugung einer Kultur der Öffentlichkeit. Nicht nur rufen sie ein Klima hervor, in dem es möglich wird, „schamlos“ Meinungen zu artikulieren und sich gegen die finanzkräftige Baubranche zu positionieren. Sie ma-



chen den städtischen Freiraum in Japan zu einem Austragungsort für Auseinandersetzungen zwischen gesellschaftlichen Interessengruppen. Lokal zwar und sporadisch aber durchaus eigensinnig versammeln und artikulieren sie sich und erproben das konfrontative Auftreten auf der Bühne der Öffentlichkeit. In Verbindung mit Musikdarbietungen und Verköstigungen, Lampionumzügen und naturkundlichen Streifzügen pflegen sie die Rituale des Widerspruchs. Der offene Stadtraum wird durch ihre Aktivität zu einem öffentlichen Raum und die Straßen werden zu Kommunikationsplattformen. Paradigmatisch für eine urbane Kultur der Teilhabe ist die Takano Protest Bewegung auch darin, dass sie zeigt, inwiefern sich Mitsprache nicht auf bestehende Strukturen verlassen kann, sondern durch Ausübung erst wirklich wird.